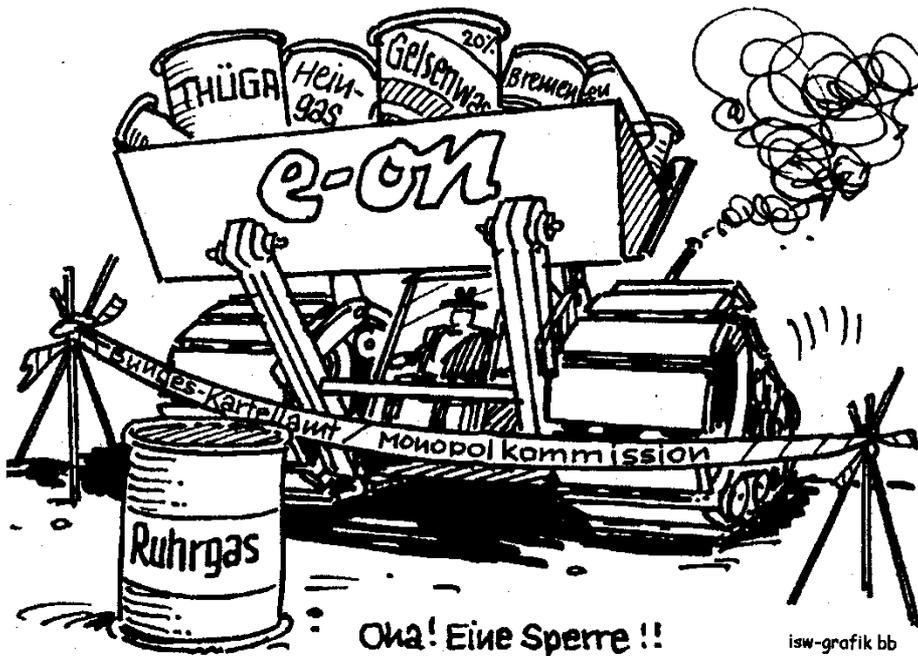


### Rot-Grün hält an Prestigeobjekten fest

## Darmstädter Haushaltslage dramatisch

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden ist dramatisch. Auch um Darmstadt macht diese Entwicklung keinen Bogen. Durch den Einbruch in den Gewerbesteuereinnahmen ist die finanzielle Situation sehr vielen anderen Punkten für nicht realistisch. Die aktuellen Zahlen der Steuerschätzung bestätigen diesen Eindruck. Die Haushaltslage ist nicht, wie gerade von der CDU propagiert,



angespannt. Von den ursprünglich geplanten 75 Mio. Euro sind gerade 35 Mio. Euro übrig geblieben.

Unsere Fraktion hat sich auf mehreren Treffen mit dem von Stadtkämmerer Grünwald eingebrachten Doppelhaushalt 2003/2004 beschäftigt. Den Doppelhaushalt halten wir insbesondere bei den in den beiden kommenden Jahren geschätzten Einnahmen bei der Gewerbesteuer, beim Anteil an der Einkommenssteuer und in

nur hausgemacht. Ein von der CDU eingebrachter Haushalt würde nicht viel anders aussehen. Nach wie vor steht eine Reform der Gemeindefinanzen aus.

Unternehmen, Besserverdienende, Reiche und vor allem Superreiche konnten sich in der Vergangenheit immer weiter aus der solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen. Seit 1997 hat der Staat vorsichtig geschätzt auf mindestens 50 Milliarden Euro Einnahmen aus der

Fortsetzung auf Seite 2



Rainer Keil,  
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL  
Vorsitzender der DKP Darmstadt

### Was bringt das neue Jahr?

Mit einem neuen Jahr sind bei uns allen immer eine Menge an Erwartungen, aber auch Ängsten und Befürchtungen verbunden.

Dabei sieht es nicht rosig aus: Steigende Arbeitslosenzahlen, die Gefahr eines Krieges, Sozial- und Demokratieabbau.

Auch auf kommunaler Ebene gibt es keinen Grund optimistisch zu sein. Dramatische Haushaltslage, auf der einen Seite kann so manche Kommune kaum ihre Pflichtaufgaben noch vernünftig erfüllen, auf der anderen Seite hält man an solch fragwürdigen Projekten wie der Olympia - Bewerbung weiter fest.

Hessen ist durch die Air-Base in Frankfurt direkt an den Kriegsvorbereitungen der USA beteiligt. Dies widerspricht eindeutig unserer hessischen Verfassung in Art. 69: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung die mir der Absicht vorgenommen wird einen Krieg vorzubereiten ist verfassungswidrig.“ Dies ist ein wichtiger Punkt, denn diese Air-Base kann nicht nur zur

Fortsetzung auf der letzten Seite

## Fortsetzung "Haushalt"

Vermögensteuer verzichtet. Deshalb ist eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein richtiger und notwendiger Schritt. Steuererhöhungen können also durchaus sinnvoll sein - entscheidend ist wer sie bezahlt! Die Stadt Darmstadt hat schon in den letzten Jahren von ihrer Substanz gelebt, jetzt wird die

Paris für die nächste Expo zurückgezogen.

2. Wir brauchen in Darmstadt keine videoüberwachten Plätze! Videoüberwachung bringt nicht mehr Sicherheit sondern nur eine Verlagerung der Probleme in andere Regionen. Die von Datenschützern vorgetragenen Bedenken sind stichhaltig und

verabschieden. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Im Gegenteil: Das Zentrum wird kommende Haushalte mit hohen Defiziten enorm belasten. Das Geld wäre im Schulbausanierungsprogramm besser angelegt.

Auf der anderen Seite halten wir in folgenden Bereichen eine Aufstockung der Mittel für dringend geboten:

Einnahmen	Ergebnis 2002 in Mio Euro	geplant 2003 in Mio. Euro	geplant 2004 in Mio. Euro
Gewerbsteuer	30	50	55
Einkommenssteueranteil	60	62	66
Schlüsselzuweisungen vom Land Hessen	53	37	39
Gebühren und Abgaben	35	58	58
Schulden	328	351	371
Zinsausgaben	17	18	19

Im Bereich der Zuschüsse für Jugendarbeit möchten wir eine Erhöhung der Mittel um 30.000 EUR um die Arbeit des Stadtjugendrings auch zukünftig zu gewährleisten. Mit der beabsichtigten Kürzung beim Stadtjugendring wird die politische Jugendarbeit in Darmstadt faktisch beendet. Die im Haushaltsentwurf abgesenkten Personalkosten für die offene Jugendarbeit müssen unserer Ansicht wieder um 50.000 EUR aufgestockt werden. Gerade offene Jugendarbeit ist ein wichtiges Mittel um den zunehmenden Problemen mit Jugendcliquen in den Stadtteilen, aber auch im Stadtgebiet, entgegen zu wirken.

Die Mittel für Schulsozialarbeit sollten um 60.000 EUR Euro aufgestockt werden um weitere Schulen in diese sinnvolle Maßnahme einzubinden.

Eine Deckelung des Stellenplans oder gar ein Personalabbau ist ein falscher Weg. Bessere Beratung, bessere Dienstleistungen sind nur mit ausreichend, motiviertem und vernünftig bezahltem Personal möglich. Eine Abkoppelung der Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wäre daher der falsche Weg.

Wir halten die zusätzliche Einstellung von 10 Erzieherinnen zur Ausweitung des Projektes Flexibilisierung

Lage dramatisch. Trotzdem hält die Rot-Grüne Koalition und die Opposition aus CDU und FDP an Prestigeobjekten fest.

### Wir halten folgende Maßnahmen für sinnvoll:

1. Den Verzicht auf die Olympia-Bewerbung. Abplanung von Mitteln in Höhe von 20.750 EUR Der Blick auf vergleichbare andere Großprojekte macht die Probleme deutlich: Die Ausgaben der Stadt Berlin für die Olympiabewerbung betragen allein im Jahr 1988 250 Mio. DM. Berlin hat aufgrund dieser Erfahrung und angesichts seiner Finanzlage auf eine erneute Olympia-Bewerbung verzichtet. Die Ausgaben für den Bau der olympischen Austragungsstätten in Sydney verschlangen rund 2 Mrd. US-\$. Die Expo in Hannover hinterließ für die Stadt und das Land Niedersachsen Schulden in Höhe von 1 Mrd. Euro. Die französische Regierung hat auf Grund dieser Erfahrungen im August 2002 die Bewerbung der Region von

sollten beachtet werden. Andere Lösungen wie der so genannte Ortspolizist sind Videoüberwachungen vorzuziehen.

Abplanung der Mittel in Höhe von 153.680 EUR

3. Verzicht auf die Renaturierung des Darmbaches im Stadtgebiet

Die Offenlegung des Darmbaches bis zum Woog mag sinnvoll sein, alles andere: Plätscherrinnen in der früheren Altstadt, entlang des Schlossgrabens, über den Karolinenplatz drohen teure Erwachsenen-Spielchen zu werden. Für die Natur, für die Gewässergüte bringt das nix außer Bananenschalen. Ein solches Projekt sollte man sich für eine sorgenfreiere Zukunft aufheben. Der Darmbach läuft schließlich nicht davon.

Abplanung von Mitteln in Höhe von 1,45 Mio. EUR

Die Stadt sollte sich ebenfalls vom Prestigeobjekt Wissenschafts- und Kongresszentrum

der Kita-Öffnungszeiten und 1,5 Stellen für die städtische Schuldnerberatung für wichtige Maßnahmen. Insbesondere der derzeitige Zustand bei der Schuldnerberatung mit Wartezeiten bei langfristigen Beratungen bis durchschnittlich 12 Monate ist nicht akzeptabel.

Um die Finanzlage der Stadt etwas zu mildern schlagen wir weiterhin eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von derzeit 425 Prozent auf 440 Prozent vor. Wir wissen das dies die Probleme nicht gänzlich löst, aber solange die aktuelle Bundesregierung es nicht schafft eine vernünftige

Gemeindefinanzreform und die notwendige Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf den Weg zu bringen ist dies die einzige Möglichkeit zur Verbesserung der Einnahmesituation. Einen weiteren Verkauf städtischen Eigentums, sei es über Leasing-Verträge oder ähnliche Maßnahmen lehnen wir ab. Dies führt nur zu einer kurzfristigen Entspannung und verringert weiter die Einflussmöglichkeiten demokratisch gewählter Parlamente.

Der Schuldenstand der Stadt ist sehr beunruhigend. Steigende Zinsausgaben sind die Folge

Nach wie vor wäre ein Zins- und Schuldenmoratorium für die Kommunen notwendig anstatt mit Steuergeldern Banken zu unterstützen. Kritisch sehen wir daher auch die in der Haushaltssatzung beabsichtigte Erhöhung der Kassenkreditemächtigung auf 100 Mio. Die noch vor Jahren geltende Regelung das dieser Betrag nur ein Fünftel der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes betragen darf halten wir nach wie vor für sinnvoll. Wir haben daher angeregt diesen Betrag 65 Mio. EUR zu senken. Darüber hinaus soll das Parlament entscheiden.

## Wo bleibt das Vermögen?

Besitzer von Geldvermögen profitieren von der Armut des Staates, der sich Geld von ihnen leihen muss. Je mehr sich der Staat verschuldet, desto mehr Zinsen muss er zahlen. Während die Mehrheit der Bevölkerung für die Staatsschulden über die Steuerzahlungen aufkommen muss, kassieren die Geldvermögensbesitzer die Zinsen.

Vor allem in den 90-er Jahren steigerte die Kohl-Regierung die Schulden von 540 Milliarden Euro auf über 1200 Milliarden Euro. Die Zinszahlungen schnellten in die Höhe. Auf lange Sicht ist untragbar, dass rund 15 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes und über sieben Prozent der gesamten Staatskasse für Zinszahlungen ausgegeben werden müssen. Hierdurch findet eine permanente Umverteilung von steuerzahlenden Beschäftigten an Vermögensbesitzer statt.

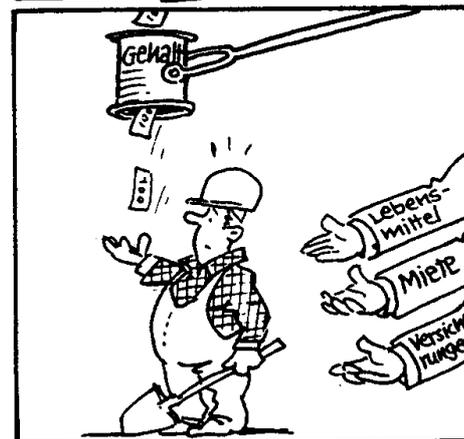
Im Jahr 2001 legten die Privatleute in Deutschland knapp 100 Milliarden Euro, die Banken und Versicherungen noch einmal fast 16 Milliarden Euro auf die hohe Kante.

Von diesen insgesamt knapp 120 Milliarden Euro nahmen die Unternehmen gut 48 Milliarden Euro als Kredite auf, mit gut 56 Milliarden Euro verschuldete sich der Staat. Die verbleibenden 10 Milliarden Euro, für die im Inland keine Schuldner gefunden wurden, flossen ins Ausland.

Würde der Staat als Schuldner ausfallen, bliebe für die privaten Ersparnisse nur der Weg ins Ausland. Aus dem Kapitalabfluss von 10 Milliarden Euro würde schnell der doppelte und dreifache Betrag. Dieses Geld fehlt bei der ohnehin schwachen Binnennachfrage in Deutschland. Wachstum und Arbeitsmarkt würden zusätzlich belastet.

Die Schulden der Stadt Darmstadt werden sich Ende 2005 auf ca. 395 Mio. Euro belaufen. Dies bedeutet jährliche Zinsausgaben in Höhe von ca. 20 Mio. Euro. Ohne ein Zinsmoratorium erhält Darmstadt, aber auch keine andere Stadt und Gemeinde, den notwendigen finanziellen Spielraum für Zukunfts-

investitionen und eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik. Profiteure dieser Entwicklung sind allein die Banken.

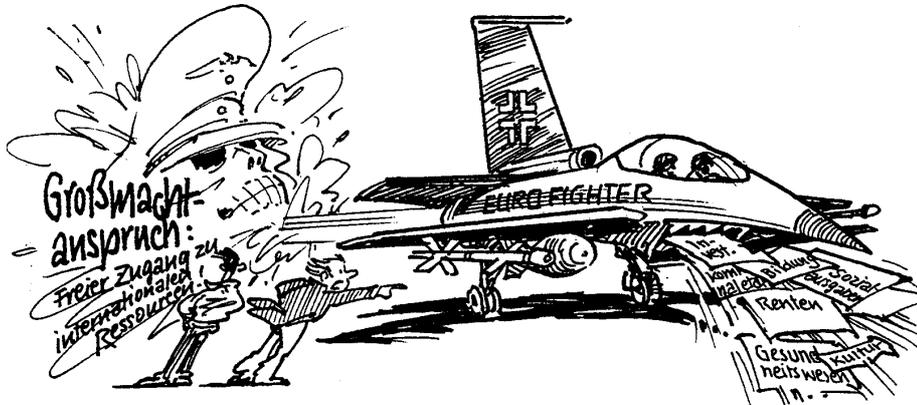


# Rüstung contra Kindergarten

Der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee vollzieht sich seit Beginn der 90-er Jahre. Der Weg ist markiert

derungen gestaltet. Die Bundeswehr avanciert zu einem Instrument deutscher Außenpolitik.

## Neue Waffen für neue Kriege



„Meine Güte, was der alles schluckt! Und heraus kommt nichts als heiße Luft!!“  
 „Von wegen! Was hinten rauskommt, wird uns noch ins Schwitzen bringen!“

durch die Verteidigungspolitischen Richtlinien, durch den Aufbau von Krisenreaktionskräften, mit der Aufstellung des Kommandos Spezialstreitkräfte. Die Beschaffungsprogramme für die Bundeswehr wurden entsprechend dieser neuen Anforderungen

Diese Strategie der Aufrüstung der Bundeswehr kostet über 30 Milliarden Euro für Eurofighter, Kampfhubschrauber Tiger bis hin zu neuen Raketen und dem Militärairbus A402M.

Dieses Rüstungsprogramm

Kriegsvorbereitung genutzt werden sondern auch schnell Kriegsziel sein. Mit allen Folgen auch für die Darmstädter Bevölkerung.

Wir haben im vergangenen Jahr versucht einige unserer Vorstellungen in die parlamentarische Arbeit einzubringen. Doch es bewahrheitet sich immer wieder die alte Weisheit: Nur wenn sich außerhalb des Parlamentes etwas tut, bewegt sich auch innerhalb des Parlamentes etwas.

Ich darf Sie daher bitten: Werden Sie für ihre eigenen Interessen aktiv. Mischen Sie sich ein. Denn: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Rainer Keil  
 Stadtverordneter

kostet die Bevölkerung mindestens

250000	Sozialwohnungen
800	Kindergärten,
60	Berufsbildungszentren,
2.250	Grundschulen,
430	Altenpflegeheime,
400	Studentenwohnheime.

Alles Dinge, die wir in Darmstadt gut gebrauchen könnten.

## Antrag zum städtischen Haushalt

# Info-Blatt an alle Darmstädter Haushalte

Im Juni diesen Jahres forderten wir in einem Antrag eine bessere Information der Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Finanzsituation der Stadt. Dies sollte unserer Meinung nach mit einem jährlich erscheinenden Info-Blatt, dass an alle Darmstädter Haushalte verteilt werden sollte, geschehen. Dieses Info sollte die wichtigsten Rahmendaten des aktuellen Haushalts, sowie die

Entwicklung der zentralen Ein- und Ausgabearten beinhalten. Geplante Großprojekte sollen kurz vorgestellt und beziffert werden.

Nach der Begründung des Antrages in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, den 13. Juni 2002 kam es zu einer Diskussion, die man so zusammenfassen kann:

Broschüre ist o.k., Versendung

an alle Haushalte bringt nichts, wird weggeschmissen,....

Wir konnten uns in der Diskussion dann darauf verständigen das eine solche Broschüre gedruckt, in öffentlichen Gebäuden ausgelegt und ins Internet eingestellt wird.

Man sieht allerdings daran, dass die "großen Volksparteien" ihren Bürgerinnen und Bürgern wenig zutrauen.

PDS - DKP/Offene Liste  
 Stadtverordnetenfraktion  
 c/o Rainer Keil,  
 Heinrich-Fulda-Weg 13,  
 64289 Darmstadt  
 Tel.: 06151-66 90 310,  
 Fax: 06151-66 90 533  
 E-Mail: info@pds-dkp-old.de